

SPD Sozialdemokratischer PRESSEDIENST

Verlag und Redaktion:
Hannover, Georgstr. 23

II/21

spd Hannover, 11. März 1947
Telefon 20951/52

Warum Parteienkämpfe?

Eine grundsätzliche Betrachtung

Das Klage lied von der "ewigen Uneinigkeit der Parteien" - ein echt deutsches Lied - wird jetzt zu Beginn des Wahlkampfes in der britischen Zone wieder ertönen. In anderen Ländern kennt man dieses Lied kaum, dort weiss und begreift man, dass eine auch heftige Auseinandersetzung zwischen Parteien in einer Demokratie selbstverständlich ist. Gewiss kommt es auch hier auf Form und Mass an, aber man soll nicht glauben, dass eine gelegentliche Uebersteigerung der politischen Temperatur, eine Vermengung persönlicher mit sachlicher Gesichtspunkten eine ausschliesslich deutsche Unart sei.

Wo gehobelt wird, da fallen Späne. Und auch in England, in USA, in Frankreich fallen sie in Wahlkämpfen nicht wie Schnee zu Weihnachten. Niemand weint darüber. Im Gegenteil: Das Volk hört mit gespanntester Aufmerksamkeit zu, wenn Attlee und Churchill sich gegenseitig ihre politischen Fehler vorhalten. Die breiten Massen verfolgen den Wettkampf der gegnerischen Parteien nicht nur mit sachlichem Interesse. Es gibt auch so etwas wie einen sportlichen Anreiz dabei. Da sind zwei politische "teams" angetreten, und vor den Augen der Millionen messen sie sich miteinander. Ist das weniger bedeutsam, als wenn im Stadion ein ganz grosses Fussballmatch ausgetragen wird? Da geben ja auch die beiden Mannschaften ihr Bestes und die Zuschauer sind mit fieberhafter Leidenschaft dabei, feuern die Kämpfer durch Zurufe an, nehen heftig Partei, möchten am liebsten selbst ins Spiel mit eingreifen.

In den Demokratien gibt es ein Wahlfieber, wie es ein Sportfieber gibt. Ein scharfer, aber fairer Kampf wird auch auf dem politischen Felde von den Massen gern gesehen. Man verlangt keinen Bragfrieden zwischen den verschiedenen Gruppen und ihren Führern. Man weiss, dass sich im freien geistigen Ringen der Gegner die Wahrheit herauskristallisiert. Auf der

11. März 1947

Auf der einen Seite werden die Programme, die positiven Ziele klarer erarbeitet. Auf der anderen treten die Fehler, die in der Vergangenheit etwa begangen wurden, vom Gegner grell beleuchtet, scharf, vielleicht sogar überscharf in die Erscheinung. Das Land, die Volksgesamtheit hat den Vorteil davon.

Weshalb denn gerade in Deutschland die Tränenseligkeit vieler alter Weiber beiderlei Geschlechts, wenn die Parteien eine normale Funktion wahrnehmen? Den politisch geschulten Arbeiter befällt sie selten, viel häufiger den sogenannten "guten Bürger". Sie ist ein Restprodukt unserer reaktionären Vergangenheit. Die monarchische Regierung glaubte, selbst am besten alles zu wissen. Das Volk hatte nichts oder wenig zu sagen. Politischer Kampf galt als "unvornehm". Uebrigens war er infolge der Parteienzersplitterung auch ziemlich langweilig. Bei den Wahlen konnten sich keine Fronten herausbilden. Interessant war zwischen 1871 und 1914 nur der Aufstieg der einen grossen Volksbewegung: der Sozialdemokratie. Die bürgerlichen Parteien fielen wie die Spitzer in einem Kaleidoskop bei jedem Schütteln ein wenig anders durcheinander. Kein Mensch konnte daran ein sportliches Interesse nehmen. In England, wo Liberale, später die Labour Party und Konservative sich ernsthaft miteinander auseinandersetzen, oder in Amerika, wo Republikaner und Demokraten sich einen heftigen Kampf liefern, ergibt sich ein anderes Bild. Die Splitterparteien verhinderten die Erziehung weiter Teile des Bürgertums zur Demokratie. Sie waren auch ein Nagel zum Sarge der Weimarer Republik.

Auch die romanischen Länder Frankreich und Italien wurden auf die Dauer - obwohl es ihrem lebhaften Charakter eher entsprach - mit dem Vielparteien-System nicht fertig. Dass sie beide nach den Zwischenspielen des Zusammenbruchs und der Mussolini-Epoche zu ihnen wieder zurückgekehrt sind, stellt auch keine Empfehlung dieses Prinzips, vor allem nicht für die besonders gelagerten deutschen Verhältnisse dar.

In der Nazizeit kehrte das reaktionäre System verstärkt zurück. Es gab nur noch eine Meinung, die der allgewaltig regierenden Partei. Sie war zwar in ihrer Propaganda weiss Gott nicht zimperlich, sondern von der abgefektesten Niedertracht. Aber eine Debatte gab es nicht. Die, die beschimpft wurden, konnten nicht antworten. Von einem Kampf konnte keine Rede sein. Wir alle wissen, was dabei herausgekommen ist. Bei der Unterbindung aller öffentlichen Kritik schoss die Korruption üppig ins Kraut. Die Nazibonzen konnten tun und lassen, was sie wollten. Es herrschte zwar - nach aussen - herrliche Eintracht. Aber das deutsche Volk musste sie teuer bezahlen, so teuer, wie noch keine Nation in der Geschichte für ihr politisches System hat bezahlen müssen. Wenn politische Auseinandersetzungen, Parteienkampf möglich gewesen wäre, Hitler hätte es nicht wagen können, den Krieg mit vier Weltmächten vom Zaun zu brechen.

Kampf der Parteien gewährleistet eine gesunde öffentliche Kontrolle der Regierungspolitik, vor allem die Einschaltung der Kritik bei gefährlichen imperialistischen und militaristischen Tendenzen. Lässt die Parteiführer sich ehrlich, offen und auch mit harten Worten auseinandersetzen. Wir können an der Spitze der verschiedenen Gruppen keine Auguren gebrauchen, die sich verstellen zu belinzen, weil sie intern miteinander einig sind, dass sie sich nichts tun wollen. Deutschland ist keine "republique des camarades", wo die Politiker befriedigt zuschauen, wenn jeder, der an der Quelle sitzt, sich an dem köstlichen Sprudel erquickt, den die Massen nicht geniessen können. Hier soll kräftig um reale Ziele gerungen werden. Um Sozialisierung, um Bodenreform, um ein fortschrittliches Schulsystem, um viele andere Dinge. Im Ringen der Parteien müssen sich die Fronten klären, wird das Volk für positive Forderungen mobil gemacht. Darum: Auf in den Kampf!

(b/B43/113/1/he)

Das Ende einer Pseudo-Einheit

K.W., Berlin, Mitte März

Im Berliner Klima wird seit Beginn des neuen Jahres manches von der überhitzten neototalitären Temperatur abgebaut, die der Monopolan-spruch der Kommunisten hochgezüchtet hatte. Es kommt Klarheit in die gewollte Verschwommenheit. Auch die "überparteilichen Einheitsausschüsse" in Berlin sind jetzt aufgelöst worden.

Es scheint eine undankbare und unpopuläre Aufgabe, gegen Einheitsbestrebungen zu opponieren. Die Einheits-Jugend- und -Frauenaus-schüsse entwickelten sich systematisch zu Parteiorganisationen der ei-nen Partei, die im Osten den Totalitätsanspruch erhebt. Gewiss, die Leute, die sie verteidigen, weisen auf die partei-paritätische Zusammen-setzung des Vorstandes hin. Sie lassen die LDP- und CDU-Mitglieder des Vorstandes vor dem Mikrophon und in Interviews versichern, wie überpar-teilich die Interessen der Ausschüsse seien. Und sie haben wieder ein-mal mehr für einen Teil der Öffentlichkeit das Gesicht gewahrt. Doch dieses Gesicht ist eine Maske. Die bürgerlichen Parteien wissen genau, wie wenig ihre formale Vertretung in solchen Ausschüssen ihrem wirkli-chen Einfluss entspricht,

Die Kommunisten wissen, dass sie mit der offenen Werbung für ihre Form des politischen Kampfes nur einen sehr beschränkten Kreis von Anhängern erreichen. Die überparteiliche Firmierung ihrer Tätigkeit ver-spricht ihnen üppigere und reichlichere Früchte. Die Jugend, die Frauen, die Kultur - es sind Gebiete, die schwer den einseitigen kommunistischen Bestrebungen offen liegen. Der Umweg über einen neutralen "Ausschuss" schien verheißungsvoller. Inzwischen liegen Erfahrungen vor, sie sind einseitig genug. So auch immer Jugendausschüsse und Frauenausschüsse in den ersten Monaten nach dem Zusammenbruch an allgemein-sozialen und mora-lischen Leistungen aufzubringen versucht haben - die parteipolitische Ein-seitigkeit ihrer Betätigung trat immer unverhüllt aus den Organisationen hervor. Sie wurden Hilfstruppen und Propagandaorgane der KPD bzw. der SED oder sie sind weit fortgeschritten auf dem Wege, es zu werden. Man sammel-te die "Neutralen" und dann, wenn man sie im Gehäuse hatte, begann man sie zu bearbeiten. Man schuf sich das Dekor der überparteilichen Arbeit und trieb in seinem Schutze sture Fraktionspolitik. Jeder Weg, der begangen, jede Leistung, die erreicht wurde, galt lediglich der Glorifizierung der totalitären Parteidologie. Und die "bürgerlichen" Mitvorsitzenden, die bei Festversammlungen und Kundgebungen mit auf der Bühne saßen und ihren neutralen Redeobulus leisteten, waren die beste Staffage für solche "Neu-tralität".

Diese Periode der Tarnung geht nun ihrem Ende entgegen. Sie war gefährlich gerade für die sozialistisch-demokratische Arbeit Deutschlands. Denn sie hat noch einmal, kurz nachdem die Phrase von der sozialistischen Einheit des Volkes jäh entlarvt wurde, die Fragwürdigkeit der Begriffe "Einheit" und "Gemeinschaft" vor Augen geführt. Man kann sich die Gemein-samkeit des Denkens und Handelns nicht auf Dschungelwegen erschleichen. Auch nicht die Macht als solche, ganz gleich, wie sie zustande kommt, gibt der sozialistischen Demokratie auf den Trümmern ihre Chance, sondern der ehrliche und mitbestimmende Wille aller. Es ist bitter, solche Pseudo-Einheitsausschüsse als Hilfsbünde für eine neue Vergewaltigung der demokrati-schen Mitbestimmung entlarven zu müssen. Aber es ist notwendig, die Gefahr frühzeitig zu sehen und zu bekämpfen, um ihr mit der ganzen Kraft der de-mokratischen Verantwortung zu begegnen.

In Berlin sind also diese Ausschüsse jetzt aufgelöst. Die besonde-re Lage im deutschen Osten hat es mit sich gebracht, dass aber das Anschau-ungsmaterial in der Ostzone selbst dafür erhalten bleibt, wie sehr das Spiel mit der Einheit unversehens und sehr rasch zur Resignation vor dem Befehl und dem Kommando führt. Der Weg von Hitlers Reich war das grauenvolle Beispiel dafür, dass es nichts Verhängnisvolleres als die "Einheit"

um jeden Preis" gibt. Die Einheit kommt erst dann, wenn sie eine immer neu erarbeitete Einheit des Willens und des Entschlusses aller ist. Um sie zu erreichen, muss man die früh erzwungene "Pseudo-Einheit" scharf von aller ehrlichen Bemühung um den Neubau der deutschen Demokratie abgrenzen. (b/Bl7/53/1/he)

Und Frankreichs Imperium?

von Alfred Frisch - Paris

Man kann es nicht oft genug sagen: Frankreich ist mehr als ein von den Grossen Drei geduldetes Mitglied im Rate der Grossmächte. Es wäre irrig anzunehmen, dass es seine Stellung lediglich einer diplomatischen Tradition verdankt, einer sentimentalischen Erinnerung, der die nackte Wirklichkeit nicht mehr entspräche. Die Anerkennung Frankreichs als Grossmacht hat sachliche Gründe. Dieses Land ist nämlich, trotz seiner augenblicklichen Schwäche, die bedeutendste europäische Macht im eigentlichen Sinne und ausserdem der Vertreter und das Sprachrohr der mittleren und kleinen Mächte. Es ist nicht übertrieben zu behaupten, dass sich die Grossmachtstellung Frankreichs zum Teil auf den Wunsch der kleineren Staaten stützt, im Rate der Grossen ein Land zu wissen, das für die Interesse der weniger Mächtigen volles Verständnis hat. Die Pariser Diplomatie ist sich dieser Sendung voll und bewusst, bei den Verhandlungen der stellvertretenden Aussenminister in London war das immer wieder zu spüren.

Wichtiger noch ist die Tatsache, dass Frankreich noch ein reiches, weit ausgedehntes Imperium besitzt, dass seine Regierung eine Bevölkerung von 100 Millionen Menschen vertritt. Die Französische Union, d.h. das Mutterland, Nordafrika, Aequatorialafrika und Indochina ist auch noch bei den heutigen Verhältnissen ein Machtfaktor, wenn ihre äussere Einheit bewahrt werden kann. In einer seiner letzten Reden hat der Ministerpräsident Ramadier darauf hingewiesen, dass der Zusammenhalt der Französischen Union für Frankreich eine Lebensfrage sei. Man unterschätzt daher auch in Paris keineswegs die weittragende Bedeutung der Ereignisse in Indochina und ist sich bewusst, dass bei dem Ringen im Fernen Osten Frankreichs Stellung als Grossmacht auf dem Spiele steht.

Die indochinesische Unabhängigkeitsbewegung ist auf einen Teil des Landes beschränkt und ausserdem politisch belastet. Sie ist zahlreichen Eingeborenen ebenso unerwünscht wie die frühere, französische Kolonialherrschaft. Aber selbst der Führer des Viet-Nam, Ho-Chi-Min, möchte, wenn irgend möglich, sein Land in der Französischen Union lassen, weil er weiss, dass es in diesem Rahmen ein Höchstmass von Unabhängigkeit gewinnen kann, während es als juristisch freier Staat zum Spielball der Mächte würde.

Auch sonst befindet sich das französische Imperium zur Zeit in einer recht kritischen Lage. Die Bande mit Syrien und dem Libanon wurden bereits 1944 zerrissen. In Nordafrika macht sich die arabische Unabhängigkeitsbewegung immer stärker bemerkbar. Die Araber verlangen im Rahmen der Französischen Union eine sehr weitgehende Selbstverwaltung und die Befreiung von der durch die französische Verwaltung ihres Erachtens ausgeübte Vormundschaft.

Wird es unter diesen Umständen der Pariser Regierung gelingen, ein Auseinanderfallen des Imperiums zu vermeiden? Frankreich hat das grosse Verdienst, Rassenvorurteile nie gekannt zu haben. In keinem Lande vermag ein Neger sich grösserer, sozialer Gleichberechtigung zu erfreuen als in Frankreich. Dank dieser Einstellung sind die Brücken einer Verständigung nie ganz abgebrochen. Deshalb war es auch der Regierung Léon Blum möglich einen algerischen Araber als ersten mohamedanischen Diplomaten zum Botschafter Frankreichs am Hofe Ibn Sauds zu ernennen.

Die Politik der Assimilation genügt aber nicht mehr, um den Bestand des Imperiums zu sichern. Die Eingeborenen stehen dieser Assi-

miliation oft auch ablehnend gegenüber, weil sie befürchten, dass sie dadurch ihre nationale Eigenheit verlieren. Zudem ist die Anpassung an europäische Verhältnisse nur einer Minderheit gestattet, während die grosse Masse auf ihre nationalen Rechte verzichten muss. Diese verlangen daher von Frankreich die Anerkennung ihrer unbedingten Autonomie im Rahmen der Französischen Union.

Es ist in den politischen Kreisen Frankreichs wahrscheinlich noch nicht zum Allgemeinwissen geworden, dass die Anerkennung dieser Forderung der einzig mögliche Preis für die zukünftige Aufrechterhaltung der Französischen Union ist. Für Indochina z.B. hat es schon nicht an warnenden Stimmen gefehlt, die eine klare Politik verlangen und auf die Gefahren einer mehr oder weniger imperialistischen Verschleppungstaktik hingewiesen haben. Es ist sicherlich eine ernste Gefahr für Frankreich, dass es gewohnt ist, allzu konservativ an einmal bestehenden Zuständen festzuhalten und unvermeidliche Zugeständnisse nur zögernd einzuräumen. Das Schicksal der Französischen Union hängt wahrscheinlich von der Anpassungsfähigkeit der Pariser Regierung an eine völlig neue kolonialpolitische Lage ab.
(b/A15/103/1/he)

Deutsche Wissenschaftler für USA-Industrie

Die unter militärischer Aufsicht in den USA stehenden deutschen Wissenschaftler werden in Kürze vom amerikanischen Kriegsministerium freigegeben und der amerikanischen Industrie zur Verfügung gestellt werden, damit die während des Krieges in Deutschland erzielten Forschungsergebnisse der USA-Industrie zugänglich gemacht werden können. Von den insgesamt 24.000 deutschen Wissenschaftlern, die in der USA-Zone wohnen, sind bereits 294 vor längerer Zeit nach den USA gebracht worden, damit sie ihre Forschungsarbeiten zugunsten der amerikanischen Streitkräfte fortsetzen. Von ihnen ist bisher 74 die Erlaubnis erteilt worden, ihre Familien nach Amerika kommen zu lassen, doch hat bisher noch keiner um die amerikanische Staatsbürgerschaft nachsuchen dürfen. Alle Wissenschaftler, die nach den USA kommen, werden ständig überwacht und sofort nach Deutschland zurückgeschickt, sofern sie nationalsozialistische Ideen vertreten sollten.
(m/B10/113/1/he)

Änderung des französischen Standpunktes?

In Berliner politischen Kreisen der alliierten Mächte ist man, wie die "New York Herald Tribune" meldet, über die Besprechungen des USA-Aussenministers Marshall mit den Franzosen während seines kurzen Aufenthaltes in Paris sehr ermutigt. Die französischen Vertreter in Berlin vereitelten in den letzten anderthalb Jahren alle Versuche der Amerikaner, die Beschlüsse der Potsdamer Konferenz zur Herstellung der wirtschaftlichen Einheit Deutschlands durchzuführen. Die Franzosen, die auf der Potsdamer Konferenz nicht vertreten waren und sich deshalb an deren Beschlüsse nicht gebunden fühlten, widersetzten sich der Zentralisierung, weil sie eventuell zu einer Neubildung Deutschlands als wirtschaftliche und militärische Macht führen könnte. Wenn jedoch der von Marshall vorgeschlagene Viermächte-Sicherheitspakt gegen Deutschland in Moskau abgeschlossen werden sollte, so dürfte dies nach der Meinung der politischen Kreise in Berlin zu einer Änderung der französischen Haltung gegenüber der politischen und wirtschaftlichen Einheit Deutschlands führen. Die französischen Stellen zeigten jedenfalls für den Vorschlag General Marshalls lebhaftes Interesse. Im übrigen glaubt man in diesen Kreisen, dass die Ausarbeitung des Friedensvertrages mit Deutschland zwei Jahre in Anspruch nehmen dürfte.
(m/B10/113/1/he)

Auf dem Wege zum Arbeitsfrieden

Zur amerikanischen Lohnlage
Von E. Schmidt, New York

Seit dem Jahresende sind eine Fülle von Arbeitsverträgen zum Abschluss gekommen, die erneut eine über das ganze Land gehende Welle von Lohnbewegungen ausgelöst haben. Sie unterscheidet sich jedoch von der ersten mehr dramatischen Phase der Lohnkämpfe. Die Gewerkschaften sind zwar im allgemeinen dank der weiter anhaltenden günstigen Konjunkturbedingungen noch immer in einer guten Verhandlungsposition und in der Offensive. Aber es ist unverkennbar, dass sie trotzdem ihre Taktik geändert haben; ihre Forderungen gehen weniger weit, ihr Wille zum Kompromiss ist gewachsen. Diese Wendung, die hier bereits in manchen Kreisen als eine "neue Aera der guten Beziehungen" idealisiert wird, hat eine Reihe von sehr realen Hintergründen.

Einer dieser Gründe ist, dass die Gewerkschaften keineswegs mehr so stark sind, wie sie es kurz nach Ende des Krieges waren. Das gilt ganz besonders für diejenigen Organisationen, die lange Streiks hinter sich haben. Aber nicht nur grosse Gewerkschaften, auch die an den früheren Streiks beteiligten Arbeiter hatten zum grossen Teil in diesen ihre während der Kriegsjahre angelegten Reserven aufgebraucht. Ein weiterer Faktor in der gleichen Richtung ist die neue politische Konstellation des Parlaments und die zahlreichen Gesetzesvorlagen, die dort vorliegen und darauf abzielen, die Bewegungsfreiheit und Rechte der Gewerkschaften empfindlich zu beschneiden. In den Gewerkschaftsorganisationen scheint die Auffassung vorzuherrschen, dass eine neue Streikwelle "Wasser auf die Mühlen" der antigewerkschaftlichen Kreise im Kongress treiben und ihnen zu einer sicheren Mehrheit für ihre reaktionären Pläne verhelfen würde. Schliesslich sind die Gewerkschaften genau so wie die Unternehmer daran interessiert, dass es der amerikanischen Wirtschaft gut geht und dass der Kuchen, von dem alle essen, nicht kleiner, sondern grösser wird. Es wird zu einer populären Praxis der verantwortlichen Gewerkschaftsorgane, dass sie sich zunächst eingehend mit den Unkosten und Profiten ihrer Unternehmer-Patner befassen, bevor sie einen Streik empfehlen.

Im Wesentlichen vor diesem Hintergrund spielen sich die augenblicklichen Verhandlungen für den Abschluss neuer Arbeitsverträge in einer Reihe amerikanischer Industrien. Noch im Januar hatten die Differenzen zwischen den vereinigten Gummiarbeitern (CIO) und den vier grössten amerikanischen Gummiunternehmen in einem bis Juli 1948 laufenden neuen Vertrag eine friedliche Lösung gefunden. Sehr viel grössere Bedeutung für die zukünftige Entwicklung der Beziehungen zwischen Arbeitern und Unternehmern kommt selbstverständlich der durch Präsident Truman am 1. Februar verkündeten Bildung eines Nationalkomitees von Arbeitnehmern und Arbeitgebern zur Erhaltung des Arbeitsfriedens in der Bauindustrie zu. Die Bauindustrie ist eine Schlüsselindustrie, die der "American Federation of Labor" angehörenden Baugewerkschaften, insgesamt neunzehn, erfassen rund zwei Millionen Arbeiter. Die Aufgabe des Nationalkomitees soll es sein, eine Art Schlichtungsinstanz zu schaffen, die dafür Sorge zu tragen hätte, dass alle ihr unterbreiteten Konflikte im Baugewerbe ohne Unterbrechung der Produktion durch Aussperrungen oder Streiks beigelegt werden. Auch die Automobilarbeiter-Gewerkschaft hat ihre alten Verträge mit Chrysler um 30 Tage verlängert, um mehr Zeit für die Durchsetzung ihrer Forderungen auf dem Verhandlungswege zu gewinnen. Aus dem gleichen Grunde haben die Stahlarbeiter unter der Führung ihres Präsidenten Philip Murray ihre frühere Streikdrohung auf den 30. April vertagt. Hier handelt es sich vor allem um die Forderung der Stahlwerksunternehmer, im Gegensatz zur bisherigen Praxis, das "open shop"-Prinzip vertraglich zu verankern. Der "open shop" ist ein Betrieb, in dem die Arbeiter nicht oder wenigstens nicht hundertprozentig

gewerkschaftlich organisiert sind, ein Betrieb, in dem kein Arbeiter gezwungen ist, sich einer bestimmten Gewerkschaft anzuschließen. Der Gegensatz zum "open shop" ist der "closed shop", der hundertprozentig organisierte und von einer bestimmten Gewerkschaft kontrollierte Betrieb. Der Rechtsanspruch der Gewerkschaften auf die ausschliessliche Sicherung aller Arbeitsplätze für ihre Mitglieder, d.h. der Kampf um die Sicherung des "closed shop" Prinzips, des hundertprozentig organisierten Betriebes, geht übrigens weit über die Stahlindustrie hinaus. Dem Kongress liegen eine Reihe von Vorschlägen vor, die darauf abzielen, den "closed shop" als ungesetzlich zu erklären.

An diesem Punkt zeigt sich übrigens deutlich, wie dieselben Unternehmerkreise, die sonst so entschieden jede staatliche Einmischung in ihre Angelegenheiten ablehnen, diese Einmischung immer dann sehr systematisch fördern, sobald sie für ihre Interessen eine sichere Mehrheit im Parlament hinter sich glauben. So bekommen, ob die Beteiligten es wollen oder nicht, auch die Wirtschaftskämpfe in Amerika einen immer stärkeren politischen Charakter.

Am 8. März meldete AP aus Washington:

Wie man hört, beabsichtigt der Kongress, im April oder Mai ein neues wichtiges Arbeitsgesetz zu erlassen, durch das die gegenwärtig gültigen Wagner-Akte eine wesentliche Änderung erfahren würden. Es soll dies aus Konflikten zwischen den Gewerkschaften entstehende Streiks verhindern und die Gewerkschaften zur Veröffentlichung von Finanzberichten verpflichten. Ein Streikverbot wird darin nicht enthalten sein, auch kein Zwang zur gerichtlichen Schlichtung von Arbeitsstreitigkeiten. Ebenso glaubt man nicht, dass ein Verbot der Politik ausgesprochen wird, nur organisierte Arbeiter einstellen zu müssen.

Besitzblock

Bei den am 20. April in der britisch besetzten Zone Deutschlands stattfindenden Wahlen werden die CDU und die NLP gemeinsam Kandidaten aufstellen. Ihre ersten Wahlredner erklärten bereits, dass diese Blockbildung den hauptsächlichsten Zweck habe, eine sozialistische Mehrheit zu verhindern. Es ist sicher nicht ohne Überlegung geschehen, dass die ersten bisher bestrittenen Wahlversammlungen von Rednern wahrgenommen wurden, die entweder selbst Flüchtlinge waren oder sich besonders mit der Flüchtlingsfrage befassten. Ob man in den Zentralen der CDU und NLP ein Gefühl dafür hatte, dass man es nötig hat, besonders unter den Flüchtlingen zu werben, die die Errichtung eines Besitzblockes als gegen sich gerichtet erkennen müssen? Ob man begreift, wie gefährlich die Parole vom Kampf gegen die Sozialdemokratie werden kann und muss, da man ihn unter dem Zwang führen muss, gleichzeitig solche Schichten zu umwerben, deren natürliche Vertretung die SPD ist und bleiben wird? Die Menschen im Osten seien immer "national" gewesen, so war in einer der ersten Wahlversammlungen zu hören. Mit diesem Wort umschrieb man seit je die Wahrnehmung der Interessen des Besitzes, wie sie vor 1933 von den Rechtsparteien betrieben wurde. CDU und NLP setzen mit ihrem Wahlbündnis diese Überlieferung fort und nehmen auch mit dieser Taktik die Tradition ihrer Vorgänger, der Deutschnationalen und Rektionäre aller Gruppen auf. Umso klarer ist die Front zu erkennen, gegen die die Sozialdemokratie anzukämpfen hat, um ein neues Deutschland zu gewinnen. (m/2/113/2/he)

Verantwortlich: Fritz Sänger, Hannover.